



## Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina

### **Entmächtigung der UNRWA ist wie der Feuerwehr während eines Brandes das Wasser abstellen**

Der Nationalrat hat erneut beschlossen, die Zahlungen an das UNO-Palästinahilfswerk UNRWA einzustellen. Die SVP Motion erhielt 99 Stimmen, SP, Grüne und Grünliberale stimmten dagegen. Schon bei der Budgetdebatte im Dezember war der Beitrag an die UNRWA halbiert worden, von 20 auf 10 Mio. Die Gelder sollen der palästinensischen Zivilbevölkerung über ein anderes humanitäres Hilfswerk zukommen. Der Entscheid kam gegen die Meinung der Aussenpolitischen Kommission und des Bundesrats zu Stande. Aussenminister Cassis bestätigt, dass ohne UNRWA eine Verteilung von Hilfsgütern unter den heutigen Bedingungen unmöglich ist. Über die Motion muss noch der Ständerat entscheiden.

Die Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina ist entsetzt. Wer möchte bezweifeln, dass die Bevölkerung in Gaza zum jetzigen Zeitpunkt die bestmögliche Überlebenshilfe benötigt. Wer heute die Kürzung der wichtigsten Hilfsorganisation in Gaza beantragt, macht Politik mit Hunger. Dabei sollten alle Anstrengungen gesteigert werden, um die Nothilfe auf effiziente Weise zur Bevölkerung zu bringen. Es ist, als wolle jemand der Feuerwehr während eines Brandes das Wasser abstellen. Die UNRWA muss unterstützt werden, damit die Bevölkerung in Gaza die dringendst benötigte Überlebenshilfe rasch und effektiv erhalten kann.

Bisher sind 9 Mitarbeiter entlassen worden, die auch gemäss UNRWA in die Gräueltaten vom 7. Oktober involviert waren. Die etwa 30'000 Mitarbeitenden der UNRWA sind mehrheitlich Palästinenser:innen. Es ist naiv anzunehmen, dass sie besondere Sympathien für Israel hegen; für das Land, welches seit mehr als einem halben Jahrhundert Gaza und weitere Gebiete im historischen Palästina besetzt und die Bevölkerung in ihren Rechten einschränkt. Das Land, welches in ihrer Heimat entstanden ist, aus welcher die Grosseltern der meisten der heutigen Bewohner:innen geflüchtet sind.

Aussenminister Cassis sieht die UNRWA als Teil des Problems und nicht der Lösung. Auch wir als JVJP sehen die UNRWA nicht als Teil der Lösung, sondern als Notwendigkeit, um die international verbrieften Rechte des palästinensischen Volkes zu sichern. Eine Lösung kann es nur durch ein Ende der Besatzung und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts beider Nationen geben, durch die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens.

September 2024

Website und Kontakt: [www.jvjp.ch](http://www.jvjp.ch); [info@jvjp.ch](mailto:info@jvjp.ch)